

DIE BUNDESREPUBLIK IN DEN MASSEN MEDIEN POLENS

Da sich in diesem Kreis ausnahmslos Fachleute zusammengefunden haben, kann ich mir alle einleitenden, grundsätzlichen Erläuterungen ersparen und brauche auch nicht die Geschichte allzu sehr strapazieren. Der Schwerpunkt dieses Überblicks liegt daher auf den letzten beiden Jahren und auf der Gegenwart, zeitlich unterteilt von Herbst 1978 bis zum Sommer 1980 und vom Sommer 1980 bis jetzt.

Zur Erinnerung nur kurz: Von 1970 bis 1973 herrschte eine gewisse Euphorie hinsichtlich der Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik nachdem der Vertrag von Warschau unterschrieben worden war. Dann gab es eine Periode der Ernüchterung, eine gewisse Abkühlung, ja Enttäuschung, die etwa bis zum Besuch Edward Giereks in Bonn im Juni 1976 dauerte.

Der Besuch des Bundeskanzlers in Warschau im November 1977 brachte einen neuen Auftrieb, ebenso Schmidts Besuch auf Hela im August 1979.

Ab Mitte 1977 – bei ähnlichen Kolloquien und Gelegenheiten wurde das wiederholt diskutiert – erscheint die Bundesrepublik in den polnischen Massenmedien in einem weniger günstigen Licht. Das fiel zusammen mit dem zu diesem Zeitpunkt insgesamt negativen Deutschland-Bild im gesamten Ausland. Stichworte: die angebliche wirtschaftliche Vormachtstellung der Bundesrepublik, die mehr und mehr in politische Qualitäten umschlage; das grosse Brasilien-Geschäft und vor allem der Radikalenerlass, gemeinhin als "Berufsverbot" apostrophiert. Zur gleichen Zeit innerpolitische und innerwirtschaftliche Probleme Polens. Aus der nahenden Belgrader KSZE-Folgekonferenz mit ihren Fragen der Menschenrechte resultierte eine gewisse ideologische Abstimmung mit Moskau, Prag und Ostberlin. Das sogenannte "Berufsverbot" und die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik eigneten sich als Darstellung der Verletzung von Menschenrechten.

Das Jahr 1978 brachte kaum eine Änderung im Bild der Bundesrepublik. Zunächst noch im Nachklang des Kanzlerbesuches sachliche und ausgewogene Artikel. Im Laufe der Jahres wieder schärfere Kommentare, zum Beispiel in "Życie Warszawy" (ZW) über "Gefährliche Verbände" oder in "Trybuna Ludu" (TL) vom 5. Juli 1978 "Bonn und West-Berlin".

Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass neben den langfristigen, großräumigen Wellen, die Gestalt und Farbe des Deutschlandbildes bestimmen – der wohl wichtigste Einschnitt war der Abschluss des Normalisierungsvertrages im Dezember 1970 – kurzfristige Wellen in der Stimmungslage zu beobachten sind. Immer

dann, wenn offizielle Besuche anstehen — Minister, Bundeskanzler, 1. Sekretär der PZPR — wird die Kommentierung freundlicher, die Berichterstattung sachlicher. Bald danach ebbt das ab. Die gewohnten Themen in der gewohnten Richtung beherrschen das Bild, das heisst, sie überwiegen die anderen, für den deutschen Beobachter positiven Darstellungen.

Zu den kritischen Dauerthemen zählen vor allem: Revanchismus, Militarismus, mangelhafte Realisierung der Verpflichtungen aus den Verträgen und Abmachungen, Nazismus in Vergangenheit und Gegenwart, wirtschaftliche Schwierigkeiten, vor allem Arbeitslosigkeit.

Generell hat sich am Bild der Bundesrepublik in den letzten zwei Jahren nicht viel verändert. Trotzdem sind neue Tendenzen nicht zu übersehen. Dazu bedarf es freilich einer genaueren Sonde. Eine Durchsicht der Tages- und Wochenzeitschriften zeigt, daß der "Polska Agencja Prasowa", kurz PAP genannt, im allgemeinen und ihren Korrespondenten in der Bundesrepublik im besonderen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Fakten und Eindrücken zukommt, wie bei einer Nachrichtenagentur als Multiplikator nicht anders zu erwarten. Die Tätigkeit der PAP-Korrespondenten in Bonn trägt wesentlich zu einer typischen Erscheinung in den polnischen Medien bei: über kaum ein anderes westliches Land wird so ausführlich berichtet wie über die Bundesrepublik. Würde man eine Weltrangliste aufstellen, so rangierte die Bundesrepublik in der polnischen Presse auf den vorderen Plätzen, vielleicht sogar schon nach der Sowjetunion, die unbestritten den ersten Platz einnimmt, während die DDR erst später folgt. Die Intensität der Berichterstattung über die Bundesrepublik fällt allerdings im Verlauf eines Jahres unterschiedlich stark aus und orientiert sich an bestimmten Anlässen, Daten und Ereignissen — Jahrestage aus dem letzten Kriege, Gedenktage in Polen, politische Ereignisse in der Bundesrepublik, zuletzt etwa die Bundestagswahl mit ihrem Wahlkampf und der zehnte Jahrestag des Warschauer Vertrages am 7. Dezember.

Macht man sich die Mühe, die Ausgaben innerhalb eines Jahres durchzublättern und rein quantitativ zu zählen, was da aus Westdeutschland veröffentlicht wurde, so ergibt sich für den Zeitraum von Juni 1979 bis Juli 1980 bei TL ein Bestand von rund 650 Meldungen, Artikeln und Kommentare, die die Bundesrepublik betreffen. In ZW sind es im grossen und ganzen ebenso viele, ohne daß dies statistisch eine Festlegung auf die letzte Stelle bedeuten soll. Von den 650 Beiträgen über die Bundesrepublik in TL stammten rund 400 von PAP. Das sind etwa 62 Prozent.

Selbstverständlich besitzen die restlichen 38 Prozent als zumeist längere Artikel und Kommentare inhaltlich und meinungsbildend ein grösseres Gewicht. Aber immerhin wird an dieser Relation die Bedeutung der Agentur PAP deutlich.

Bei ZW mit ihrem emsigen Bonner Korrespondenten ist das Verhältnis interessanterweise ein anderes. Da kamen im gleichen Zeitraum 43 Prozent der Meldungen von PAP, 57 Prozent von eigenen Autoren.

Noch ein bißchen Statistik. Beide Tageszeitungen brachten etwa 650 mal etwas über die Bundesrepublik und das in etwa 360 Ausgaben. Das heisst: 1,8 mal Bundesrepublik pro Ausgabe.

Das ist eine Dichte, die — wie Untersuchungen ergaben — umgekehrt keine einzige westdeutsche Tageszeitung bis zum Juli 1980 mit ihrer Berichterstattung über Polen erreicht hat.

Sieht man sich die Meldungen, Artikel und Kommentare der beiden Warschauer Zeitungen nach dem Inhalt hin an, so dominieren bis zum Sommer in beiden Zeitungen innenpolitische Themen der Bundesrepublik und der NS-Komplex, gefolgt von geschichtlichen Themen, von Beiträgen über die bilateralen Beziehungen und ziemlich gleichrangig Kultur und Wirtschaft.

Die Berichterstattung gibt vor allem in den kürzeren Meldungen und Beiträgen ein umfassendes Bild von den Geschehnissen in der Bundesrepublik, wobei — es kann nicht anders sein — die beiden Tageszeitungen wie fast alle Publikationen Polens mit dem Maßstab der Grundprinzipien der sozialistischen Ordnung, der Solidarität mit Moskau und der nationalen Interessen messen und dann auch Kritik und Polemik nicht scheuen.

Beide Warschauer Zeitungen unterscheiden sich in der Tendenz nur wenig von einander — immer in der Berichterstattung über Westdeutschland gemeint. Nur läßt TL ihre Korrespondenten viel weniger oft zu Wort kommen als ZW. Bei TL schreiben die Deutschlandexperten der Redaktion mehr als umgekehrt die Deutschlandexperten von ZW.

Bei aller Differenzierung läßt sich sagen, dass es Themen gibt, die von Haus aus positiv und solche, die negativ behandelt werden. Sachlich kommen Kultur und Wirtschaft weg, jedenfalls überwiegend. Durchweg positiv bieten sich dar: fortschrittliche Kräfte, vor allem die DKP, die ostpolitischen Bemühungen der sozialliberalen Koalition, natürlich alle Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Polen. Positiv im allgemeinen die Bundesregierung, die SPD, die FDP, Gewerkschaften und EKD. Hier allerdings die Einschränkung: die Bundesregierung erhält dort schlechte Noten, wo es um NATO und Aufrüstung, vor allem um Nachrüstung geht. Eine zweite grundsätzliche Einschränkung: die positive Bewertung der genannten politischen Kräfte und Parteien hört dort auf, wo es um das als zögernd und nicht selten als unaufrichtig empfundene Verhalten in Fragen geht, die aus den Verträgen resultieren, wie Endgültigkeit der polnischen Westgrenze, Staatsbürgerschaftsfragen, Urteil des Bundessozialgerichtes, Städtenamen bis hin zu dem, was als "juristische Aggression" bezeichnet wird. Natürlich auch die nicht realisierten Schulbuchempfehlungen. Der ganze Katalog tauchte in Veröffentlichungen — Interview mit Aussenminister Czyrek im polnischen Fernsehen z.B. — anlässlich des Jahrestages des Warschauer Vertrages am 7. Dezember 1980 wieder auf.

Grundsätzlich negativ bewertet werden die Vertriebenenverbände, alle als "antikommunistisch" eingestuft, NS-Aktivitäten. Weniger gut weg kommen CDU und CSU einschliesslich Franz Josef Strauss (vor allem im letzten Wahlkampf). Dazu einige typische Beispiele: Ende Juni 1979 ZW über Veröffentlichungen in "Stern" und "Spiegel" zum Thema "Lamsdorf — Lambinowice". "Vergehen in "Stern" und "Spiegel" oder ein weiterer Satz: "Das, was "Spiegel" und "Stern" letzthin über Polen und die Polen schrieben, kann nicht anders bezeichnet werden als "beabsichtigter unfreundlicher Akt unserem Volk und Land gegenüber".

Drei Tage später in TL zum selben Thema: "Zweifelloos müssen die Verleumdungen Polens, die zynische Diffamierung von Polen und die verleumderischen Beleidigungen im Vergleich zu den vom Dritten Reich begangenen wirklichen und schrecklichen Verbrechen in Polen tiefe Empörung und entschlossenen Wider-

spruch hervorrufen. Diese Schritte müssen das Klima der gegenseitigen Beziehungen stören und ihre Atmosphäre verschlechtern".

Im November 1979: der Streit um den Begriff "Inland" im Umsatzsteuergesetz. Für TL ein Beispiel "juristischer Aggression". "Ist etwa die CDU/CSU erneut gewillt, Polen 1980 zum Objekt einer revisionistisch-nationalistischen Bundeswahlkampagne zu machen, wie sie es bereits mehr als einmal in der Vergangenheit getan hat? Die gegenwärtigen Manichaischaften im Parlament der Bundesrepublik sind nicht nur ein Beispiel einer juristischen Aggression, betrieben mit Hilfe der inneren Gesetzgebung, sondern ein Versuch, damit nach aussen hin zu gelagen, indem auch den EG-Ländern ein Gesetz unterschoben wird, das der EG-Formel für die Bezeichnung des Inlandes widerspricht".

Der Kompromiss "Aussengebiet" wurde in den Zeitungen — z.B. TL — als Beweis für die Vitalität der revanchistischen Kräfte gewertet. Im Dezember 1979 dann der sogenannte Nachrüstungsbeschluß. TL sah das so: die Bundesrepublik habe sich zusammen mit Großbritannien, bevor andere Staaten noch einen eigenen Standpunkt beziehen konnten, mit der Zustimmung beeilt und habe damit den Ausschlag in der NATO gegeben. Man kann mit voller Überzeugung sagen, daß ohne Einverständnis, Teilnahme und sogar Enthusiasmus der Bundesrepublik keine Rede sein könnte vom Entstehen eines neuen Atomraketen-Systems in Europa.

Ebenfalls im Dezember 1979: das Interview des "Spiegels" mit dem bayerischen Kultursminister Hans Maier unter dem Titel "Das Reich besteht weiter". ZW: "Folgen des rechtlichen Revisionismus in der BRD".

Seit Anfang dieses Jahres beschäftigen sich die beiden Tageszeitungen — und nicht nur sie — mit den Grünen in der Bundesrepublik. Dann erregte die Tätigkeit der sogenannten "Wehrsportgruppe Hoffmann" die Gemüter.

Ein breites Thema: die Auseinandersetzungen um die Städtepartnerschaft Krakau-Nürnberg.

Weitere Themen des Jahres 1980: der Majdanek-Prozess, die Auschwitz-Ausstellung in Düsseldorf, 35 Jahre Hauptkommission zur Untersuchung von Naziverbrechen. Überhaupt ermuntern alle Jahrestage immer wieder zu Artikeln und Kommentaren: Ausbruch des Krieges, Ende des Krieges, Befreiung einzelner KZ-Lager, Befreiung einzelner polnischer Städte und Landschaften, Bildung der ersten polnischen Regierung, Juli-Manifest usw.

Noch ein interessantes Beispiel: TL vom 23. April 1980. "Der durch die Deutsche Welle" im Äther propagierte Inhalt wird übrigens nicht nur vom Antikommunismus bestimmt. Der Kölner Sender beendete kürzlich seine Sendungen u.a. für den Fernen Osten, für Australien und Neuseeland mit dem Geläut der Kirchenglocken aus dem polnischen Wrocław, selbstverständlich unter Gebrauch des Namens Breslau, und das 35 Jahre nach der wahnwitzigen, fast totalen Vernichtung dieser Oderstadt durch deutsche Hände, einer Stadt, die in eine Festung verwandelt wurde. Eben damals starb Breslau. Ein Glockengeläut aus dem mit unseren Händen wiederaufgebauten polnischen Wrocław ist der Gipfel des Zynismus".

In den letzten zwei Jahre wurde über kulturelle Ereignisse mehr geschrieben als vordem. Beispiele: die Maifestspiele in Wiesbaden, Theater- und Orchesteraufführungen, "Teatr Wielki" in Bonn, Verpflichtung des Dirigenten Kränz nach nach Bonn, Plakatausstellung in Westberlin.

Im wirtschaftlichen Bereich eine Untersuchung über Strukturpolitik in TL, über Weinanbau in ZW, wie überhaupt bis zum Sommer mehr und mehr unpolitische, sogenannte "bunte" Themen aufgegriffen wurden, durchaus positiv und sachlich.

Seit Anfang Juli ist die Berichterstattung über die Bundesrepublik spürbar zurückgegangen. Die polnischen Kollegen können sicher alle bestätigen, daß es schwerer geworden ist, solche Themen ins Blatt zu bringen, da die Zeitungen verständlicherweise mit polnischen Angelegenheiten beschäftigt sind.

In den letzten Wochen gab es trotzdem Berichte über deutsche Innenpolitik, vor allem über den Wahlkampf und die Wahlen, den Vorwurf der Einmischung des Westens — hier der Bundesrepublik — in innerpolnische Angelegenheiten mit dem Sonderaspekt "Kein Visum für Blüm", die Pressestimmen in der Bundesrepublik zu den Ereignissen in Polen, die seit Wochen zusammen mit anderen Stimmen aus dem Westen wiedergegeben werden, und erst vor wenigen Tagen der Jahrestag des Warschauer Vertrages mit einer ungewöhnlich breiten, im Tenor positiven Resonanz. (Interviews, Kommentare, Rückblicke) Schließlich muß noch auf drei Besonderheiten bei ZW hingewiesen werden:

1. auf die zweimonatige Kolumne "Zwischen Rhein und Elbe", betreut und geschrieben von Marian Podkowiński;
2. auf die seit Juni 1979 einmal im Jahr erscheinende UNO-Beilage "Leben und Welt" in Zusammenarbeit mit 17 ausländischen Zeitungen, darunter der "Frankfurter Rundschau" als einzigem Blatt der Bundesrepublik;
3. auf die deutschsprachige Ausgabe, die allerdings seit einiger Zeit statt dreimal nur noch einmal in erweitertem Umfang pro Woche erscheint.

*

Nun zu zwei anderen Tageszeitungen. Bei ihnen soll freilich nur auf die Besonderheiten hingewiesen werden, das was bisher gesagt wurde, bezieht sich im großen und ganzen auf alle Tageszeitungen. "Słowo Powszechne" und "Żołnierz Wolności", das eine die Zeitung der Pax-Organisation, das andere das Blatt der Armee SP wahrt eine kritische Distanz zur Bundesrepublik und beschäftigt sich stärker als andere Tageszeitungen mit dem Geschehen im kirchlichen Bereich der Bundesrepublik. Erinnerung sei an die Kritik an Reihold Lehmann, Generalsekretär der Pax-Christi-Bewegung wegen seines Buches "Das Land, aus dem der Papst kommt", an die Kritik am Maier-Interview, an Artikel, über die Nichtteilnahme polnischer Vertreter am Katholikentag in Berlin.

Die jüngste Entwicklung in der Pax-Organisation läßt nicht darauf schließen, daß sich die ausgeprägte kritische Distanz gegenüber der Bundesrepublik in absehbarer Zeit ändern würde.

Diese Feststellung bezieht sich auch auf den "Soldaten der Freiheit" wie die Armeetageszeitung heißt. Das Blatt verfügt über keinen eigenen Auslandskorrespondenten, beschäftigt sich aber sehr viel mit der Bundesrepublik. Es bleibt dabei hinsichtlich der Zahl der Meldungen und Berichte etwa um ein Zehntel TL und ZW zurück. Verständlicherweise stehen Militär-Fragen an erster Stelle unter den Themen, während Kultur dort überhaupt nicht und Wirtschaft so gut wie gar nicht stattfinden. Die schon erwähnten Negativ-Themen werden in dieser Zeitung noch um einige Grade verschärft. Strauss wird zu Beispiel der "Demagoge" und "Schutzherr der Revisionisten". Zitat vom 14. Oktober 1980: "Die verstärkte Aktivität

polenfeindlicher Revanchistengruppen wurde durch die jüngsten politischen Entwicklungen in Polen verursacht, die die von den Landsmannschaften und Umsiedlerorganisationen gehegten Hoffnungen nach einer solchen Veränderung der Situation wiederbelebten, die ihnen eine Verwirklichung ihrer Pläne erlauben würde. Es sind dies natürlich nur Hoffnungen, aber die revanchistischen Demagogen sind geneigt, jede Möglichkeit zu ergreifen, um den Mythos und den Kampfgeist in den Landsmannschaften aufrechtzuerhalten". Es bedarf keiner großen Erwähnung, daß die Soldatenzeitung in erster Linie ein gewisses Feindbild zu pflegen hat.

Natürlich machen auch die übrigen Tageszeitungen Polens reichlich vom PAP-Angebot bundesdeutscher Themen Gebrauch. Korrespondentenberichte erscheinen zuweilen in "Trybuna Odrzańska", Oppeln; "Trybuna Robotnicza", Kattowitz; "Expres Wieczorny", Warschau; "Kurier Polski", Warschau, das Blatt der Demokratischen Partei. Seit einiger Zeit gibt die Botschaft der Bundesrepublik in Warschau in polnischer Sprache Pressemitteilungen heraus, die von einer größeren Anzahl von Zeitungen verwendet werden.

*

Nun zu den Zeitschriften, Grundsätzlich ist hier anzumerken, daß die Wochenzeitschriften sachlicher, ausgewogener und umfassender berichten als die Tageszeitungen. Hier räumt man einzelnen Themen mehr Platz ein und kann sie deshalb auch besser ausleuchten und reflektieren. Auch die Spannweite der Kommentierung ist weiter, zieht man den Bogen — jetzt unter Hinzunahme der Monatschriften — von "Nowe Drogi" bis zum "Tygodnik Powszechny".

"Perspektywy" und "Polityka" räumen bundesdeutschen Themen am meisten Platz ein, "Perspektywy" mit einem ganz kleinen Vorsprung vor "Polityka", nimmt man es quantitativ. In beiden Zeitschriften entfallen rund zwei BRD-Themen auf eine Ausgabe, wiederum eine bemerkenswerte Dichte. Wesentlich weniger bringen "Prawo i Życie" und noch seltener "Tygodnik Powszechny" und "Kultura" etwas über die Bundesrepublik.

Die Berichte, Analysen und Kommentare in der "Polityka" werden allgemein als fundiert, ausgewogen, interessant-kritisch, lesenswert charakterisiert. In den letzten zwei Jahren fiel nur eine Reihe aus diesem Rahmen mit dem Titel "Die deutsche Fernsehrepublik".

Grosse Beachtung hat der Nachruf zum Tode Carlo Schmid's gefunden. (Podkowiński), interessant waren die Reportage über Franken und Bayern und die Berichte über die Filmfestspiele in Westberlin.

Bei "Perspektywy" ist die alle zwei Monate erscheinende Kolumne "Westlich der Elbe" hervorzuheben mit vielen kenntnisreichen, ausgewogenen, durchaus auch kritischen Kommentaren. Sonst über die Zeitschrift viel zu sagen, ist überflüssig, weil sie durch ihre deutsche Ausgabe allgemein bekannt ist. Diese deutsche Ausgabe bringt bis zu 80 Prozent der polnischen, den Rest füllen interessante Publikationen aus anderen Blättern.

"Kultura" beschäftigt sich fast ausschließlich mit kulturellen, historischen und innenpolitischen Fragen, die die Bundesrepublik betreffen. Man stößt hier im grossen und ganzen wieder auf Autoren, die von anderen Blättern her bekannt sind. Ansonsten viel über Literatur, Film, Buchbesprechungen, Regisseure, Künst-

ler, Schriftsteller. Im Mai ein Artikel über die Kirche in der Bundesrepublik und ihr Verhältnis zu Polen. EKD positiv — katholische Kirche mit Zurückhaltung.

"Prawo i Życie", in Polen sehr viel gelesen. Themen aus der Bundesrepublik stehen hier an erster Stelle des gesamten Auslandes. Schwerpunkt hat das juristische Element. Die Tendenz entspricht in etwa jener der Tagespresse, wobei vor allem wirtschaftliche und gesellschaftliche Unzulänglichkeiten und tatsächliche oder angebliche Mißstände aufgegriffen werden. Aber auch eine positive Bewertung fehlt dort nicht, wo sie den Autoren angebracht erscheint. "Tygodnik Powszechny" einzige überregionale katholische Wochenzeitschrift. Sie geht durchschnittlich in jeder zweiten Nummer auf bundesdeutsche Themen ein. An der Spitze stehen historische Untersuchungen, die wie auch viele andere Beiträge von der christlichen, katholischen Warte her gesehen werden. Kritische Beschäftigung mit dem religiösen Leben in der Bundesrepublik. Auseinandersetzung mit Küng, eine große Rezension über Siegfried Lenz's "Heimatmuseum" (Stomma), viel über die Gegenwart hinaus: vereintes Europa, darin die Stellung Deutschlands und Polens (Micewski). Für Beobachter des geistigen Lebens und seiner Strömungen in Polen eine interessante Ergänzung zu den übrigen Stimmen.

"Nowe Drogi", Parteimonatsschrift. Hier findet sich hauptsächlich Interpretation und Kommentierung auf der strikten Linie der Partei und ihrer Ideologie. Viel Erinnerung an Leiden und Schrecken des verangenen Krieges, ein auch sonst überall — verständlicherweise — wiederkehrendes Thema.

Mit "Rynki Zagraniczne", herausgegeben von der Aussenhandelskammer in Warschau, und zwar dreimal pro Woche, ist eine sonst nicht schematisierbare Einzelercheinung hervorzuheben. Hier werden Fachleute über alle Entwicklungen, Erscheinungen, Regungen der Wirtschaft in der Bundesrepublik, und zwar aus allen Bereichen von der Grundstoffindustrie bis zum Aussenhandel, uneingeschränkt sachlich und hervorragend informiert. Entsprechend der Gewichtung im Aussenhandel steht die Information über die Bundesrepublik mit an erster Stelle. Vor allem beruft sich das Blatt vielfach auf Analysen und Untersuchungen, Statistiken und Prognosen aus der Bundesrepublik selbst zur Nutzenanwendung ihrer fachkundigen Leser.

*

Ein paar Worte noch zum Fernsehen und Rundfunk. Hier ist es besonders schwer quantitativ zu werten. Die Kurzinformation durch den Korrespondenten ist im allgemeinen sachlich. Der Akzent fällt auf, der auf linke Aktivitäten in der Bundesrepublik gelegt wird, auffallend auch die häufige Zitierung von "Unsere Zeit". Zu erwähnen ist die sachliche Wahlberichterstattung, nicht nur bei der letzten Bundestagswahl. Bemerkenswert sind auch die grossen Diskussionen über Vorgänge in Westdeutschland, die ein zutreffendes Bild vermitteln und durchaus instruktiv für den polnischen Fernsehzuschauer sein können. Dazukommen ab und zu Filme aus der Bundesrepublik und Aufnahmen von Theateraufführungen.

*

Das Fazit aus der Übersicht: Die Schwerpunktthemen früherer Jahre sind geblieben — in der Übersicht wurde das Kritische hervorgehoben, um die unterschiedliche Betrachtungsweise plastischer zu machen. Die Thematik hat sich in den

letzten zwei Jahren verbreitert, vor allem im kulturellen Bereich, wo ein Nachholbedarf bestand. Die Tendenzen sind unverändert. Insgesamt wird der polnische Nachrichtenkonsument ausreichend informiert, den Kommentaren muss er ja nicht unbedingt folgen. Das Bild der Bundesrepublik hat in den polnischen Medien weiterhin realistische, zutreffende Konturen, ausschnittsweise ist es von ideologischen und nationalen Interessen stark oder gar unvertretbar einseitig geprägt. Mit anderen Worten: es ist so normal, wie es sein kann, wenn Betrachter aus einem Land mit einem bestimmten gesellschaftlichen System in ein anderes Land mit einem konträren System blicken.

Wenn heute gesagt wird, die bisherigen Zensurvorschriften hätten da und dort das Blickfeld eingeengt, dann mag das wohl stimmen. Zu warnen ist aber vor der Erwartung, daß ein möglicher erweiterter Blickwinkel in dieser Hinsicht notwendigerweise das Deutschlandbild verschönern und aufhellen müßte. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!